

WAFFENGESETZ: MARKTFÜHRER ARMATIX PROFITIERT VON BREMER ANTRAG

Mehr oder weniger Sicherheit?

Mit ihrem Antrag zur Reform des Waffengesetzes setzt sich die Bremer Regierungskoalition für ein bundesweit schärferes Waffenrecht ein. Doch für den Bereich der Sicherung gilt das offenbar nicht: Geht es nach SPD und Grünen, könnten neben Waffenschränken demnächst „digitalisierte Benutzungs- und Abschusskontrollsysteme“ zugelassen werden. Profitieren würde davon vermutlich der Marktführer Armatix.

VON MAREN BENEKE
UND CHRISTINE KRÖGER

Größkalibrige Kurzwaffen verbieten, Waffen und Munition getrennt lagern und eine Waffenssteuer einführen – der Bremer Senat berät morgen über einen Antrag der SPD und der Grünen zur Verschärfung des Waffengesetzes. Die Regierungskoalition plant, diesen Antrag in den Bundestag einzubringen, damit dieser auch deutschlandweit Gesetz werden kann.

In ihrem Papier setzen sich die Fraktionen auch für „technisch ausgereifte und verfügbare Waffensicherungs-systeme, wie zum Beispiel digitalisierte Benutzungs- und Abschusskontrollsysteme, als legales Mittel der Waffensicherung“ ein. Eine ähnliche Forderung ist schon im Koalitionsvertrag aus dem vergangenen Jahr zu lesen.

Nach dem Vorstoß der rot-grünen Koalition müssten Waffenbesitzer ihre Waffen nicht mehr zwangsläufig in einem zertifizierten Waffenschrank unterbringen, sondern könnten jede Waffe individuell sichern und dann überall lagern. Diesen Anforderungen entsprechen zum Beispiel spezielle Sperrelemente, die mit Hilfe eines elektronischen Schlüssels in die Waffe eingeführt werden. Diese Elemente können dann ausschließlich durch Autorisierung per Pin-Code oder Fingerabdruck – also digitalisiert oder personenbezogen – entfernt werden.

Die SPD hält sich raus

Frank Göpper, Geschäftsführer des Forum Waffenrecht, zeigte sich verwundert über die Pläne: Mit ihren Vorschlägen planten die Politiker einerseits eine „krasse Verschärfung“ des Waffenrechts, meint er. „Andererseits wollen sie zwar gesicherte, aber öffentlich zugängliche Waffen erlauben? Das finde ich widersprüchlich.“ Der Fraktionschef der Grünen, Matthias Güldner, kann diese Kritik nicht nachvollziehen. „In unserem Antrag haben wir alles zusammengetragen, was die Sicherheit legaler Waffen in Privatbesitz erhöht“, entgegnet er auf Anfrage. „Und dazu gehören Systeme, die Waffen auch sichern, wenn sie nicht im Tresor lagern.“ Auch wenn der Antrag ein gemeinsamer ist, halten sich die Sozialdemokraten heraus: „Der Passus ist von unserem Koalitionspartner formuliert worden“, sagt der Fraktionsvorsitzende Björn Tschöpe.

Auch auf Bundesebene wurde bereits über solche Waffensicherungs-systeme diskutiert. Nach dem Amoklauf von Winnenden im Jahr 2009 berieten die Bundestagsabgeordneten über ein neues Waffengesetz. Neben Gabriele Fograscher (SPD) setzte sich unter anderem der Rotenburger Politiker Reinhard Gründel (CDU) in einer Bundestagsdebatte für „alle neuen technischen Möglichkeiten im Bereich der Biometrie“ ein.

Der bislang offenbar einzige Hersteller solcher Waffensicherungs-systeme heißt Armatix. Die bayrische Firma, die auch Waffen herstellt, verfügt nach eigenen Angaben „als weltweit einziges Unternehmen über 15 Jahre Erfahrung mit kabellosen mechanischen Schließ- und Sicherungssystemen“ mit unterschiedlichen digitalen und biometrischen Authentifizierungsmöglichkeiten. Firmensprecher Carsten Zehm bestreitet die Monopolstellung seines Unternehmens nicht, er verweist aber auf „einige Hersteller, die fertige Muster in der Schublade haben und den Markt sehr genau beobachten“.

Die Firma mit Sitz in Unterföhring und Petersberg bietet mehrere Produkte für die im Antrag geforderten digitalisierten, personenbezogenen Si-

cherungssysteme an. Diese funktionieren für viele Waffenmodelle, allerdings nicht für alle. Innerhalb der Branche gibt es Kritik an den Armatix-Produkten, die als Alternative zum Waffenschrank dienen sollen. „Mir ist wohler, wenn meine Waffen in einem Schrank liegen“, sagt Frank Göpper. „Es ist doch bedenklich, wenn etwa ein Einbrecher gesicherte, offen gelagerte Waffen entwendet und dann alle Zeit und alle Werkzeuge der Welt hat, um sie zu entschlo-“

In der Vergangenheit gab es mehrfach Zweifel an der Funktionstüchtigkeit der Armatix-Produkte. ZDF-Autoren behaupteten im Mai 2009, eines der Waffensicherungs-systeme des Unternehmens könne innerhalb von 20 Sekunden mit handelsüblichen Werkzeugen entfernt werden. Wirden solche Sicherungssysteme gesetzlich festgelegt, garantiere dies, dass der Hersteller viel Geld verdiene, sagte die frühere Bundestagsabgeordnete Silke Stokar (Die Grünen) in dem Beitrag. „Sicherheit haben wir damit in Deutschland kein Stück gewonnen.“ Auch die Fachzeitschrift „Visier“ hatte im März 2009 eine der Armatix-Sicherungen ausprobiert. Das Produkt hielt dem Test ebenfalls nicht stand. In beiden Fällen ging das Unternehmen gerichtlich gegen die Berichterstattung vor – und verlor.

Trotzdem sind diese Systeme offenbar bis heute auf dem Markt, jedenfalls mag Unternehmenssprecher Carsten Zehm das auf Nachfrage nicht verneinen. Er verweist lediglich darauf, dass Armatix nur zertifizierte Produkte anbiete, die ständig weiterentwickelt würden. Der Waffenschwergewicht und Journalist Lars Winkelsdorf hält diese Systeme nicht für ausgereift. „Nach wie vor ist es ganz einfach möglich, die Sicherungssysteme auszuhebeln“, sagt er. Wer eine Waffenbesitzkarte habe, könne ohne Probleme Ersatzteile beschaffen, mit denen die Waffe sofort wieder schussfähig sei. „Zudem haben sich die Sperren auch bei zertifizierten Systemen kinderleicht entfernen lassen.“

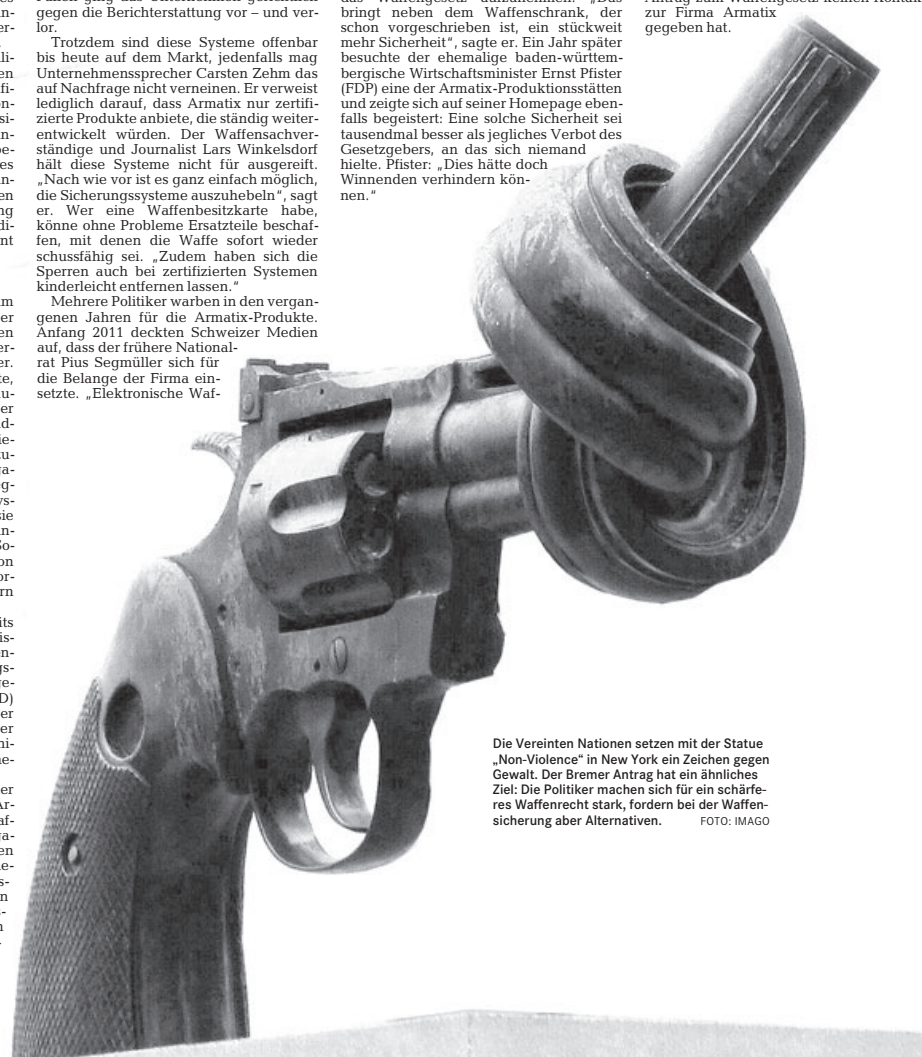
Mehrere Politiker warben in den vergangenen Jahren für die Armatix-Produkte. Anfang 2011 deckten Schweizer Medien auf, dass der frühere Nationalrat Pius Segmüller sich für die Belange der Firma einsetzte. „Elektronische Waf-

fensicherungen bieten entweder auf digitale oder biometrische oder sogar digital-biometrisch kombinierte Art eine extrem hohe Sicherheit (staatliche und private Sicherheitszertifikate aus Deutschland zeugen davon)“, schrieb Segmüller 2009.

Vertrauliche Papiere belegten laut der Schweizer „Handelszeitung“, dass der Nationalrat Mitte desselben Jahres von Armatix angeworben wurde. Er kümmerte sich nach den Dokumenten darum, „das Geschäftspotenzial in der Schweiz“ abzuklären und „wichtige Entscheidungsträger aus Politik, Sicherheitsorganisationen/Verbänden auf die Problematik der Waffensicherheit hin zu sensibilisieren“. Den Bundestag überzeugte das jedoch nicht: Er lehnte Segmüllers Vorstoß unter anderem ab, weil die Wirksamkeit der vorgeschlagenen Systeme unter Experten umstritten sei.

„Besser als jegliches Verbot“

Im April 2009 informierte sich Berlins damaliger Innensenator Ehrhart Körting (SPD) bei Geschäftsführer Bernd Dietel in einem Jagdgeschäft über die jüngsten Produkte der Firma und sprach sich laut einem Bericht der „Berliner Morgenpost“ dafür aus, solche individuellen Waffensicherungen in das Waffengesetz aufzunehmen. „Das bringt neben dem Waffenschrank, der schon vorgeschrieben ist, ein Stückweit mehr Sicherheit“, sagte er. Ein Jahr später besuchte der ehemalige baden-württembergische Wirtschaftsminister Ernst Pfister (FDP) eine der Armatix-Produktionsstätten und zeigte sich auf seiner Homepage ebenfalls begeistert: Eine solche Sicherheit sei tausendmal besser als jegliches Verbot des Gesetzgebers, an das sich niemand hielt. Pfister: „Dies hätte doch Wonnenden verhindern können.“



Die Vereinten Nationen setzen mit der Statue „Non-Violence“ in New York ein Zeichen gegen Gewalt. Der Bremer Antrag hat ein ähnliches Ziel: Die Politiker machen sich für ein schärferes Waffenrecht stark, fordern bei der Waffensicherung aber Alternativen. FOTO: IMAGO

Waffenhersteller spendete Winnenden-Stiftung 10 000 Euro

Bremen (bem). Knapp drei Jahre ist es her, dass der damals 17-jährige Tim K. in seiner ehemaligen Realschule in Winnenden und auf der anschließenden Flucht insgesamt 15 Menschen und später sich selbst erschoss. Kurze Zeit später wurde das „Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden – Stiftung gegen Gewalt an Schulen“ gegründet. Dessen Mitglieder setzen sich für ein schärferes Waffenrecht ein. Zu den Stiftungsgremien gehört auch Bernd Dietel, Geschäftsführer von Armatix, einem Hersteller von Waffen und Waffensicherungs-systemen.

Auf der Homepage des Aktionsbündnisses wird mit der Quellensystem GmbH zwar ein anderes Unternehmen, das Dietel leitet, als Geldgeber genannt, doch der Geschäftsführer setzte sich innerhalb der Stiftung vor allem für die Interessen von Armatix und dessen Waffensicherungen ein.

„Mit diesem System hätte der Anschlag in Winnenden verhindert werden können“, warb er auf der Waffenmesse IWA in Nürnberg kurze Zeit nach dem Amoklauf.

Zwei Jahre später, im März 2011, gab der Armatix-Chef in einem Interview mit dem Fachmagazin „Waffenmarkt-Intern“ an, der Stiftung „exakt 10 000 Euro“ gespendet zu haben. „Die Spende war an die Bedingung geknüpft, dass das Aktionsbündnis von seiner Forderung nach einem vollständigen Waffenverbot oder nach einem teilweisen Verbot großkalibriger Waffen abrückt“, sagt er darin. Bernd Dietel war zuvor heftig von der Waffenlobby für sein Engagement in der Stiftung kritisiert worden. Schließlich setzt sich diese – und damit indirekt auch der Stiftungsgremien Dietel – unter anderem für ein generelles Verbot großkalibriger Kurzwaffen in Privathaushalten ein.

In dem Interview distanzierte sich Dietel von der Stiftung. Er habe sich längst von dem Aktionsbündnis Winnenden getrennt, behauptete er. „Armatix steht für einen verantwortungsvollen und gesicherten Umgang mit Waffen, aber keinesfalls für ein generelles Verbot.“

Kritik an der Verbindung von Armatix und der Stiftung gab es jedoch nicht nur aus der Waffenlobby, sondern auch in den Medien. Der „Tagesspiegel“ beispielsweise konfrontierte das Aktionsbündnis im Februar 2011 mit dem Vorwurf, indirekt für Armatix zu werben. Im Januar desselben Jahres hatte sich die Stiftung in einem offenen Brief für biometrische Waffensicherungs-systeme stark gemacht, da diese dem Missbrauch von Schusswaffen entgegenwirken.

Dem Bericht der Zeitung trat das Aktionsbündnis dennoch entschieden entgegen.

„Es gibt keine indirekte Werbung des Aktionsbündnisses Amoklauf Winnenden für einen Waffenhersteller, sondern lediglich den Zusammenfall zweier unterschiedlicher Absichten.“

Aktionsbündnis Winnenden

Das „Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden – Stiftung gegen Gewalt an Schulen“ wurde 2009 gegründet. Anliegen der Stiftung ist, präventive Maßnahmen, Modelle und Konzepte zu fördern, um Gewalt an Schulen einzudämmen und weitere Amokläufe zu verhindern. Zudem machen sich die Mitglieder für ein schärferes Waffenrecht stark. Das Bündnis arbeitet mit der von der UN anerkannten Organisation Insa zusammen, die weltweit gegen Waffengewalt kämpft.